

Zur Wirtschaftslage	
Ausmaß der staatlichen Nachfragestimulierung entscheidet über weiteren Konjunkturverlauf . . . . .	419
Bundesrepublik Deutschland: Leichte Konjunkturbelebung zum Jahresende . . . . .	422
Neuordnung der EG-Marktordnung für Rindfleisch dringend vonnöten . . . . .	424

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 48-49/77

Berlin

9. Dezember 1977

44. Jahrgang

## Zur Wirtschaftslage

### Ausmaß der staatlichen Nachfragestimulierung entscheidet über weiteren Konjunkturverlauf

Die weltweite konjunkturelle Abkühlung im Laufe dieses Jahres hat die Hoffnung zunichte gemacht, daß die Expansion, die wirtschaftspolitisch als Reaktion auf die vorangegangene Rezession in Gang gesetzt wurde, in einen sich selbst tragenden Aufschwung übergehen würde. Fast überall sahen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen gezwungen, zusätzliche Expansionsmaßnahmen zu ergreifen, um ein Abgleiten in einen erneuten Wirtschaftsrückgang zu verhindern.

Die Enttäuschung über die unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung hat somit Rückwirkungen auf die wirtschaftspolitische Linie. Dabei hatte man zunächst auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft gesetzt und geglaubt, sie vor allem durch eine monetaristische Strategie stützen zu können. Dementsprechend orientierte sich die Finanzpolitik in den meisten Ländern vornehmlich am Ziel der Konsolidierung der Haushalte, antizyklische Anregungen wurden relativ sparsam dosiert. Der Grundgedanke dieser Strategie war, daß mit einer im Verhältnis zu den Vorjahren eingeschränkten, dafür aber stetigeren Geldmengenexpansion nicht nur die Preissteigerungen bekämpft, sondern auch die monetären Rahmenbedingungen und damit ein Klima für ein anhaltendes reales Wirtschaftswachstum geschaffen werden könnten. Auf mittlere Frist versprach man sich davon eine Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne, die der hohen Arbeitslosigkeit und der schwachen Investitionsneigung Rechnung trägt.

Dabei wurden jedoch der Anpassungsmechanismus der Marktwirtschaft und die Möglichkeit, Einkommensverteilungskonflikte durch diesen Mechanismus nachhaltig zu lösen, überschätzt. Zwar haben sich die Lohnsatzsteigerungen in fast allen Ländern bei steigender Arbeitslosigkeit erheblich abgeschwächt, so daß sich nicht nur der Preisauftrieb verlangsamt, sondern sich auch die Verteilungsrelation zugunsten der Unternehmen verschob. Dies reichte jedoch offensichtlich nicht aus, die Investitionsneigung der Unternehmen genügend zu verbessern.

Es wird deshalb immer wieder die Auffassung vertreten, der Gewinnanteil am Sozialprodukt müßte durch Lohnzurückhaltung weiter gesteigert werden. Von Überredungsstrategien verspricht man sich Wirkungen, die von den Marktkräften allein nicht zu erwarten wären. Zu wenig wird jedoch bedacht, daß die einseitige Betonung des Lohnes als Kostenfaktor, auch wenn man Flexibilität der Preise annimmt, die Frage unbeantwortet läßt, woher ausreichende Nachfrage kommen soll, die Investitionen und damit steigendes Produktionspotential rechtfertigt.

Die in vielen Ländern wieder expansivere Finanzpolitik läßt allerdings erkennen, daß die negative Wirkung einer unzureichenden Nachfrageentfaltung auf die Investitionsneigung erkannt wird. Stand, solange man auf einen sich selbst tragenden Aufschwung hoffte, Konsolidierung, d. h. Abbau der während der Rezession stark angestiegenen Defizite im Vordergrund, so werden sich jetzt die Regierun-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte <sup>1)</sup> 1975 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH											
	BSP	Ausfuhr der BRD	1975			1976			1977 <sup>2)</sup>			1978 <sup>2)</sup>		
			real	nominal	Preise <sup>3)</sup>	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>	real	nominal	Preise <sup>3)</sup>
Bundesrep. Deutschland	11,2	-	-2,5	4,5	7,2	5,7	9,1	3,2	3	6,5	4	3	7	4
Frankreich	9,0	17,9	-1,2	12,6	14,0	5,4	15,0	9,1	3	13	9,5	3	12	8,5
Großbritannien	6,2	7,0	-1,6	26,0	28,0	1,5	17,1	15,4	0,5	15	14,5	2,5	14,5	11,5
Italien	4,7	11,2	-3,5	13,2	17,3	5,6	24,4	17,8	2	21	18,5	2,5	17	14
Niederlande	2,2	15,3	-1,2	9,8	11,1	4,6	13,3	8,3	3	10	7	3	9,5	6,5
Belgien	1,7	11,6	-1,8	10,2	12,2	4,5	13,4	8,5	3,5	12	8	3	10	7
Dänemark	1,1	3,2	-1,4	11,5	13,1	4,9	14,2	8,9	1	11	10	1,5	9,5	8
Irland	0,2	0,4	-0,2	23,1	23,3	3	23,5	20	5	20	14,5	6	16,5	10
EG	36,3	-	-2,0	12,2	14,5	4,7	14,6	9,5	2,5	12	9,5	3	11	8
Schweden	1,8	5,6	0,6	14,9	14,2	1,5	12,7	11,0	-2	9,5	11,5	0	10	10
Schweiz	1,5	6,6	-7,6	-1,5	6,6	0,5	2,5	2,0	2	3,5	1,5	2,5	4,5	2
Österreich	1,0	6,8	-2,0	6,7	8,9	5,2	11,4	5,9	4	10	6	2	8,5	6,5
Norwegen	0,8	2,4	3,5	13,9	10,0	6,0	15,2	8,7	4,5	14,5	9,5	6	15,5	9
Europ. Industrieländer	41,4	-	-2,0	11,7	14,0	4,5	14,0	9,2	2,5	11,5	9,5	2,5	11	8
Europ. Industrieländer o. BRD	30,2	-	-1,8	14,4	16,5	4,0	15,8	11,4	2	13,5	11,5	2,5	12,5	9,5
Europ. Industrieländer o. BRD <sup>4)</sup>	-	88,0	-1,9	11,6	13,8	4,2	14,5	9,9	2,5	12,5	9,5	2,5	11	8
USA	41,0	9,1	-1,3	8,2	9,6	6,0	11,6	5,3	5	12	6,5	4,5	11,5	6,5
Kanada	4,4	1,3	1,1	12,4	11,2	4,9	14,9	9,5	2,5	10,5	8	3,5	10,5	7
Japan	13,2	1,6	2,4	10,0	7,4	6,3	13,1	6,4	5,5	14,5	8,5	5,5	13	7
Außereurop. Industrieländer <sup>4)</sup>	58,6	-	-0,3	8,9	9,2	6,0	12,2	5,9	5	12,5	7	4,5	11	6,5
Außereurop. Industrieländer <sup>4)</sup>	-	12,0	-0,5	8,9	9,5	5,9	12,2	5,9	5	12	7	4	11	6
Insgesamt	100,0	-	-1,0	10,1	11,2	5,4	12,9	7,2	4	12	8	3,5	11	7
Insgesamt ohne BRD <sup>4)</sup>	88,8	-	-0,8	10,8	11,7	5,3	13,4	7,7	4	13	8,5	3,5	11,5	7,5
Insgesamt ohne BRD <sup>4)</sup>	-	100,0	-1,7	11,3	13,2	4,4	14,2	9,4	2,5	12,5	9,5	3	11	8

1) Auf Dollarbasis. 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. 3) Deflationierungsfaktor. 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

gen immer mehr der Notwendigkeit bewußt, finanzpolitisch für eine ausreichende Nachfragezunahme zu sorgen. Dabei kommt es darauf an, von der Nachfrage her ein Klima zu schaffen, bei dem man allmählich wieder zu einer besseren Nutzung des Produktionspotentials gelangt.

Die in vielen Ländern ergriffenen Maßnahmen sind trotzdem aus zwei Gründen nicht stark dosiert worden. Einmal ist nach wie vor die Inflationsfurcht und in einigen Volkswirtschaften auch die Furcht vor erneuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten groß. Da die Verteilungsrelation von vielen Unternehmen weiterhin als unbefriedigend angesehen wird, wird befürchtet, daß die Unternehmen stärkere Nachfrageimpulse lediglich zu einer weiteren Verbesserung ihrer Gewinnsituation nutzen, indem sie die Preise beschleunigt erhöhen, was wiederum verstärkte Lohnsatzsteigerungen nach sich ziehen würde. Zum anderen scheut man davor zurück, durch starke Steigerung der Staatsausgaben den Staatssektor in einer Weise auszudehnen, daß der private Sektor immer mehr zurückgedrängt wird. Dies widerspricht — so meint man — den Grundwerten einer auf freie wirtschaftliche Entfaltung gerichteten Wirtschaftsordnung.

Diese Argumentation wird durch den Blick auf die gegenwärtigen Verwendungsstrukturen in den einzelnen Ländern erheblich relativiert. So ist der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt nur in wenigen Ländern, wie in Schweden und Großbritannien, in den letzten Jahren nennenswert gestiegen. In den meisten Volkswirtschaften ist er etwa kon-

stant geblieben und in einigen Ländern, wie in den USA und Frankreich, sogar gesunken. Die Gefahr, daß die Staatsausgaben den privaten Bereich unter längerfristigem Aspekt beträchtlich zurückdrängen und neue Inflationsimpulse auslösen, ist solange gering, wie das Produktionspotential unterausgelastet ist.

Bei dem Einwand, eine expansive Finanzpolitik bewirke real wenig, bevor nicht die Verteilungsrelation weiter zugunsten der Unternehmen verändert worden sei, wird verkannt, daß eine solche Politik selbst zu einer Erhöhung der Gewinne beiträgt, sofern sich durch sie das Defizit der öffentlichen Hand vergrößert.

Stehen auch die einzelnen Länder vor ähnlichen Problemen, so ist doch die Konstellation wichtiger ökonomischer Größen von Land zu Land verschieden. Das zeigt sich schon daran, daß die Verwendungs- und Verwendungsstrukturen stark voneinander abweichen. Für die Beurteilung der Situation der einzelnen Länder sind jedoch nicht nur Unterschiede des Anteils der Komponenten am Sozialprodukt von Bedeutung, sondern auch die Änderung dieser Anteile im Laufe der letzten Jahre.

Hierbei spielt die Entwicklung des Anteils der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt, der Anlageinvestitionsquote, eine zentrale Rolle. Allen Industrieländern ist gemeinsam, daß diese Quote im Laufe der siebziger Jahre mehr oder weniger ausgeprägt sank. Während sich aber diese Abnahme in der Mehrzahl der Industrieländer bis in die Gegenwart fortsetzt, ist sie in einigen Ländern, wie

Entwicklung der Verwendungsstruktur 1)  
in vH

Länder	Privater Verbrauch				Öffentlicher Verbrauch				Bruttoanlageinvestitionen				Exporte				Importe			
	von Gütern und Diensten																			
	1975	1976	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1975	1976	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1975	1976	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1975	1976	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>	1975	1976	1977 <sup>2)</sup>	1978 <sup>2)</sup>
Bundesrep. Deutschland	56,8	55,7	55,9	55,9	18,5	17,9	17,7	17,7	22,1	22,0	22,0	22,1	26,8	28,2	28,6	29,2	23,9	25,0	25,3	26,0
Frankreich	63,2	62,3	62,0	62,0	13,0	12,6	12,6	12,6	23,2	23,2	22,8	22,6	19,5	20,3	20,9	21,8	18,0	20,3	19,8	20,6
Großbritannien	63,0	61,7	60,7	61,3	19,2	19,3	19,1	18,7	18,0	16,9	16,0	15,9	25,6	26,8	28,6	29,1	24,5	24,8	25,2	25,4
Italien	66,2	64,7	64,7	64,7	13,3	12,8	12,7	12,7	18,3	17,7	17,8	17,8	21,8	23,2	24,8	25,7	18,7	20,0	20,6	21,2
Niederlande	57,7	56,6	56,9	56,1	15,6	15,6	15,4	15,2	21,1	19,8	20,6	20,4	55,0	58,0	57,4	59,7	48,7	51,6	52,3	53,1
Belgien	61,7	60,9	60,9	60,3	15,1	14,6	14,6	14,6	21,0	19,7	19,5	19,3	54,4	55,0	55,8	57,4	51,5	53,0	53,6	54,8
Dänemark	62,7	63,7	63,3	62,7	14,3	14,5	14,7	14,6	27,1	29,5	28,9	28,4	51,5	50,7	52,7	54,0	53,0	59,0	59,0	59,6
Irland	65,3	64,6	64,7	64,3	17,5	17,3	16,6	16,0	22,3	22,1	22,5	22,7	40,5	41,7	42,3	42,7	43,6	50,4	51,4	51,8
Schweden	53,7	55,1	55,7	55,7	22,1	22,4	23,5	24,2	21,6	20,9	20,5	20,7	28,6	29,3	30,4	31,7	28,5	29,8	31,0	32,0
Schweiz	59,9	59,9	59,6	59,9	11,3	11,9	11,8	11,7	25,1	23,4	22,9	22,9	40,5	43,9	46,1	47,5	35,4	39,5	41,4	42,9
Österreich	60,0	59,2	60,7	61,0	11,6	11,4	11,1	11,1	27,9	28,1	28,6	28,5	36,8	38,9	38,6	38,8	36,7	41,1	43,1	42,3
Norwegen	54,3	54,5	55,0	53,4	15,3	15,0	15,1	14,9	32,2	34,1	34,6	32,6	43,4	44,1	44,0	45,9	46,4	48,9	50,5	45,3
USA	64,4	64,4	64,5	64,5	19,3	18,6	18,2	18,2	15,2	15,1	15,5	15,9	7,5	7,5	7,6	7,7	5,6	6,2	6,9	7,1
Kanada	62,7	63,4	64,0	64,3	19,1	18,3	18,4	18,5	23,7	22,7	22,2	21,6	21,2	22,0	23,6	24,8	26,3	27,1	28,3	29,5
Japan	53,9	53,0	52,2	51,7	8,7	8,6	8,5	8,4	32,2	31,6	31,6	31,5	15,4	16,9	17,5	17,9	11,7	11,8	12,0	12,2

1) Anteile realer Größen am realen Bruttonationalprodukt. - 2) geschätzt.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen  
offizieller und privater Institutionen und des DIW.

der Bundesrepublik Deutschland und Japan zum Stillstand gekommen, in anderen Volkswirtschaften, vor allem in den USA, stieg der Anteil der Investitionen bereits wieder leicht an.

In der jüngsten Entwicklung der Investitionsquote spiegelt sich eindrucksvoll der von Land zu Land unterschiedliche konjunkturelle Verlauf. So wurde der Konjunkturaufschwung in den USA durch die Sommerflaute am wenigsten beeinträchtigt. Die bisherige Anhebung der Anlageinvestitionsquote ist jedoch vor dem Hintergrund des im Vergleich zu anderen Ländern niedrigen Niveaus sehr bescheiden. Das gilt auch für die im nächsten Jahr zu erwartende Erhöhung der Investitionsquote, wobei sogar noch Unsicherheit besteht, ob sie überhaupt zustandekommt. Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Investitionspläne in den USA unter dem Eindruck der mäßigen Nachfrageentwicklung nach unten revidiert werden. Zwar ist die Anlageinvestitionsquote in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Japan erheblich höher als in den USA. Sie müßte jedoch auch in diesen Ländern wieder steigen, sollen genügend Arbeitsplätze für den Abbau der Arbeitslosigkeit bereitgestellt werden. In noch stärkerem Maße gilt dies für Volkswirtschaften, wie vor allem Frankreich und Großbritannien, in denen die Investitionsquote auch noch in diesem Jahr gesunken ist.

Dem Rückgang der Investitionsquote entsprach in allen Ländern eine Abnahme des Gewinnanteils, bereinigt um die kalkulatorischen Arbeitseinkommen der Selbständigen. Er erreichte in fast allen Volks-

wirtschaften während der weltweiten Rezession in den Jahren 1974/75 sein Minimum. Verfehlt wäre es, eine einseitige Abhängigkeit der Entwicklung der Investitionen von den Gewinnen zu unterstellen. Im Kreislaufzusammenhang zog das Sinken des Investitionsanteils die Abnahme der Gewinnquote nach sich, andererseits wirkte die sich verschlechternde Gewinnsituation wiederum investitionsentmutigend. Es ist nicht überraschend, daß sich nun bei nur mäßiger Investitionszunahme auch die Gewinnstei-

Entwicklung der Verwendungsstruktur  
in vH

Länder	Bereinigte 1) Lohnquote				Bereinigte 2) Gewinnquote			
	1975	1976	1977 <sup>3)</sup>	1978 <sup>3)</sup>	1975	1976	1977 <sup>3)</sup>	1978 <sup>3)</sup>
	Bundesrep. Deutschland	86,5	84,4	84,8	84,0	13,5	15,6	15,2
Frankreich	89,3	89,7	88,9	88,1	10,7	10,3	11,1	11,9
Großbritannien	90,7	89,4	87,1	87,6	9,3	10,6	12,9	12,4
Italien	91,3	89,4	89,4	88,0	8,7	10,6	10,6	12,0
Niederlande	89,5	86,2	85,6	85,0	10,5	13,8	14,4	15,0
Belgien	83,2	83,1	82,6	81,8	16,8	16,9	17,4	18,2
Dänemark	91,8	91,7	92,0	92,3	8,2	8,3	8,0	7,7
Irland	97,4	92,0	90,1	88,8	2,6	8,0	9,9	11,2
Schweden	90,6	94,4	95,5	95,3	9,4	5,6	4,5	4,7
Schweiz	75,0	74,2	73,2	72,3	25,0	25,8	26,8	27,7
Österreich	81,5	79,4	79,6	79,8	18,5	20,6	20,4	20,2
Norwegen	92,5	91,3	89,1	87,8	7,5	8,7	10,9	12,2
USA	84,5	83,8	83,3	83,2	15,5	16,2	16,7	16,8
Kanada	80,9	81,8	81,0	80,5	19,1	18,2	19,0	19,5
Japan	90,8	87,6	85,7	85,0	9,2	12,4	14,3	15,0

1) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. - 2) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote. - 3) geschätzt.

Quellen: OECD, Labour force statistics, Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

gerung in Grenzen hält und die Gewinnquote in den europäischen Problemländern Frankreich, Großbritannien, Italien und Schweden am niedrigsten ist.

Investitions- und Gewinnquote könnten sich jedoch künftig nicht parallel zueinander entwickeln, wenn die Defizite der öffentlichen Hand weiter abgebaut würden und sich weder die Leistungsbilanz einschneidend verbesserte noch die Sparneigung der privaten Haushalte abnähme, was sehr unwahrscheinlich ist. In den europäischen Problemländern, in denen die Gewinnquote gegenwärtig so niedrig ist, daß dies investitionshemmend wirken muß, wäre es daher am wenigsten vertretbar, wenn der Staat eine rigorose Politik des Defizitabbaus betreiben würde. Das Gegenteil ist solange erforderlich, bis die Gewinnsituation nicht mehr investitionsentmutigend wirkt. Dies gilt – abgeschwächt – auch für die

übrigen Länder. Erst wenn die Investitionsneigung ausreichend gestiegen ist, sollte die Finanzpolitik wieder auf Konsolidierungskurs umschalten.

Allerdings ist zu bedenken, daß es sicherlich nicht Aufgabe der Finanzpolitik ist, für Gewinnquoten auf dem hohen Niveau vom Ende der sechziger Jahre zu sorgen. Nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen haben bei ihren Einkommensansprüchen veränderten Umständen Rechnung zu tragen. Das heißt, daß sich die Unternehmen heute zwar nicht mit den niedrigen Gewinnquoten der letzten Rezession, jedoch mit geringeren als zu Ende der sechziger Jahre zufrieden geben müssen. Sonst besteht die Gefahr, daß Verteilungskämpfe ausgelöst werden, die den realen Wachstumsprozeß beeinträchtigen und damit auch für die Gewinnerzielung nachteilig sind.

## **Bundesrepublik Deutschland: Leichte Konjunkturbelebung zum Jahresende**

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland löst sich in den letzten Monaten dieses Jahres aus der Stagnation, die die Situation seit dem Frühjahr gekennzeichnet hat. Wichtigstes Indiz dafür ist die seit Ende des Sommers wieder zunehmende Nachfrage bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes:

Der reale Auftragseingang ist seit dem Spätsommer – saisonbereinigt – wieder gestiegen. Dabei wurde zuletzt sogar das Niveau vom Jahresbeginn übertroffen, das zwischenzeitlich merklich unterschritten worden war. Die Aufwärtstendenz der Bestelltätigkeit war vor allem den Inlandsaufträgen zu verdanken; die Tendenz der Aufträge aus dem Ausland zeigte noch keine durchgreifende Belebung.

Die konjunkturelle Verbesserung der Nachfrage hat sich auf das Investitionsgütergewerbe konzentriert. Hier haben sich die inländischen Bestellungen besonders kräftig erhöht und fast das hohe Niveau vom Jahresende 1976 erreicht. Allerdings waren in diesem Bereich auch die Einbußen, die durch die negative Entwicklung der Auslandsnachfrage verursacht wurden, besonders ausgeprägt. Für die übrigen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes hatte der Auftragseingang noch keine eindeutig zu interpretierende Tendenz. Allerdings konnten überall die deutlichen Niveauverluste der Monate Juli/August wieder aufgeholt werden. Die Auslandsaufträge haben sowohl beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe als auch beim Verbrauchsgütergewerbe nicht mehr abgenommen.

Für die Entwicklung der Auftragslage in der Bauwirtschaft lassen die bisher vorliegenden statistischen Daten noch keine dem verarbeitenden Gewerbe vergleichbare – graduelle – Verbesserung erkennen. Im Hochbau zeigen allein die Wohnungsbaugenehmigungen einen leichten, aber recht stetigen Anstieg, die Genehmigungen von öffentlichen Hochbauten waren dagegen zuletzt noch erheblich niedriger als zu Jahresbeginn. Im Wirtschaftsbau wurde das Jahresanfangsniveau – nach einem zwischenzeitlichen Anstieg – gehalten. Nur im Tiefbau-sektor hat der Staat seit dem Frühjahr deutlich mehr Aufträge vergeben. Zu bemerken ist jedoch, daß in den bisher verfügbaren Daten über die staatliche Nachfrage nach Bauinvestitionen noch kaum Effekte des Programms für Zukunftsinvestitionen enthalten sind. Es kann damit gerechnet werden, daß die Ergebnisse der letzten Monate dieses Jahres eine günstigere Entwicklung zeigen werden.

In beiden Bereichen – verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft – haben es die Aufträge in den letzten Monaten ermöglicht, das Produktionsniveau aufrechtzuerhalten. Zu einer merklichen Steigerung haben sich die Produzenten noch nicht veranlaßt gesehen. Im verarbeitenden Gewerbe lag das Produktionsniveau im Oktober nach wie vor nur wenig – um 2 vH – höher als ein Jahr zuvor.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bei dieser noch immer ungünstigen Produktionsentwicklung weiter verschlechtert, allerdings nicht mehr so stark wie im zweiten Quartal: Die Zahl der Beschäftigten nahm

im Vergleich zu der Entwicklung im zweiten Quartal weniger stark ab. Die Zahl der Arbeitslosen ging nach dem Sommer — saisonbereinigt — sogar leicht zurück, die der offenen Stellen nahm geringfügig zu. Allerdings ist die Zahl der Kurzarbeiter zuletzt wieder — nicht saisonbereinigt — deutlich gestiegen.

Versucht man, die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen bis zum Ende dieses Jahres einzuschätzen, so zeigen sich Impulse am sichersten beim privaten Verbrauch. Hier werden die Erhöhung des Weihnachtsgeldbetrages wie auch die Mittel aus freigewordenen vermögenswirksamen Sparguthaben zu einer Verstärkung des Ausgabenanstiegs beitragen. Der Verlauf des Auftragseingangs läßt aber auch auf eine wieder nach oben gerichtete Investitionstätigkeit schließen. Für die Bautätigkeit dürften sich die ersten — zunächst aber schwachen — Impulse aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen bemerkbar machen.

Eine Überraschung hat nach dem ungünstigen Auftragsverlauf der letzten Monate das Exportergebnis vom Oktober gebracht. Es zeigt einen recht deutlichen saisonbereinigten Anstieg der realen Ausfuhr. Doch erscheint es verfrüht, daraus auf eine konjunkturstützende Rolle der Ausfuhr schon in nächster Zeit zu schließen. Die Auftragsentwicklung im Auslandsgeschäft spricht eher für eine zunächst noch anhaltende Stagnation.

Bei den nur geringen konjunkturellen Auftriebskräften wird das ruhige Preisklima fortbestehen. Die Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs betrug zuletzt weniger als 4 vH. Stabiler noch als auf der Verbraucherstufe blieben die Preise in den vorgelagerten Bereichen. In der Industrie ist der Preisauftrieb zum Stillstand gekommen, das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit ist nur noch um etwa 1,5 vH übertroffen worden. Die Differenzierung beider Raten deutet auf die unterschiedlichen Überwälzungsmöglichkeiten von Kostensteigerungen bei Gütern und Dienstleistungen: Der Preiswettbewerb ist — wohl auch wegen der engeren Verknüpfung mit den infolge der ständigen Aufwertung der D-Mark konkurrenzfähigen ausländischen Anbietern — bei Gütern offenbar erheblich härter. Bei der Bauwirtschaft, wo Auslandskonkurrenz kaum eine Rolle spielt, hat sich der Preisanstieg dagegen verstärkt.

Die — bei merklich beschleunigtem Anstieg der Lohnstückkosten in Industrie und Gesamtwirtschaft — geringen Preiserhöhungen lassen erkennen, daß mit dem Stocken des Konjunkturaufschwungs in der Bundesrepublik auch die Erholung der Unternehmensgewinne wahrscheinlich vorübergehend zum Stillstand gekommen ist. Zugleich deutet die Differenzierung der Preisentwicklung zwischen Erzeuger-

und Konsumentenpreisen auf eine Umverteilung der Gewinne zwischen den Unternehmen verschiedener Sektoren hin. Der damit einige Wirtschaftsbereiche — darunter vermutlich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie — besonders stark treffende Druck auf die Gewinne wird die künftige Investitionsneigung der Unternehmen beeinträchtigen. Er ist das Resultat unzureichender Nachfrage, die ihrerseits auch die Absatzerwartungen der Unternehmen tangiert.

Die Wirtschaftspolitik versucht mit den in letzter Zeit verabschiedeten Maßnahmen, die eine Umkehr von einer restriktiven zu einer expansiven Finanzpolitik einleiten, diesen die weitere konjunkturelle Entwicklung beeinträchtigenden Einflüssen von zwei Seiten her entgegenzuwirken: Durch Steigerung der Staatsausgaben, insbesondere der Investitionen, schafft der Staat selbst mehr Nachfrage, durch Steuerverzichte kompensiert er — wenigstens teilweise — die wegen unzureichender Gesamtnachfrage entstandenen Ausfälle an Unternehmensgewinnen, zugleich ermöglicht er den privaten Haushalten eine Verstärkung ihrer Käufe.

Zeitpunkt und Umfang der Wirkungen dieser Maßnahmen sind allerdings sehr schwer einzuschätzen. Bei den geplanten Ausgabensteigerungen ist vor allem unsicher, ob es gelingt, auch die Länder und Gemeinden in diese Maßnahmen fest einzubeziehen. Die Hoffnung hierauf ist durch die Erklärung der Gemeinden, die Konjunkturpolitik des Bundes zu unterstützen, größer geworden. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften wirklich alle Möglichkeiten zur Vergabe von öffentlichen Investitionsprojekten ausgeschöpft werden. Nur wenn der von dieser Seite kommende konjunkturelle Anstoß groß genug ausfällt und sich dabei auch die Absatzerwartungen wieder verbessern, kann — zumal bei allenfalls mäßigem Exportwachstum — erwartet werden, daß auch die steuerlichen Investitionsanreize die gewünschte Wirkung erzielen.

Zur Verbesserung der Absatzerwartungen muß aber auch die Expansion des privaten Verbrauchs, des größten Verwendungsbereichs des Sozialprodukts, beitragen. Die diesem Bereich zugute kommenden steuerlichen Erleichterungen können diese Bedingung für sich nicht erfüllen; dazu ist ihr Umfang insgesamt zu gering. Eine Steigerung des realen Konsums muß auch durch die laufende Einkommensentwicklung der privaten Haushalte gestützt werden. Im Mittelpunkt der Diskussion über die hier liegenden Möglichkeiten steht die der Situation angemessene Lohnpolitik und damit das „Soll“ der bevorstehenden Lohnrunde. Heftig umstritten ist dabei, ob gegenwärtig die Kaufkraft- oder die Kostenwirkung der Löhne zu betonen sei. Günstig für

das Klima, in dem die Lohnverhandlungen zu führen sein werden, und für die konjunkturpolitischen Wirkungen der Abschlüsse selbst wäre das Bewußtsein, daß die einseitige Betonung eines dieser beiden Argumente zu falschen Ergebnissen führt. Die Formel des „je mehr, desto besser“ übersieht nicht zuletzt die Bedeutung der Geldpolitik in ihrer inflationsbegrenzenden Wirkung. Die Befolgung dieser Formel würde, soweit eine Überwälzung der Mehrkosten in den Preisen durch die Geldpolitik verhindert wird, zu einer Umverteilung in einer gegenwärtig nicht ins Bild passenden Richtung führen. Mit der Formel „je weniger, desto besser“ wird darauf vertraut, daß große Lohnzurückhaltung eine Erhöhung der Gewinnspannen möglich macht, die dann über eine Stärkung der Investitionsneigung zu einem Anstieg der Gesamtnachfrage führt. Vorausgesetzt wird also eine Rigidität der Preise in bezug auf verminderte Kosten. Gerade diese Rigidität bedeutet aber, daß eine niedrige Erhöhung der nominalen Lohnsätze zu realen Kaufkraftverlusten

der Arbeitnehmer führte. Durch die damit verbundene Schwächung der Absatzerwartungen der Unternehmen würde die erforderliche konjunkturelle Erholung eher belastet als gefördert: In der gegenwärtigen Situation ist weder eine cost-push- noch eine austerity-policy angebracht. Da im kommenden Jahr den Prognosen zufolge die Preissteigerungsrate des privaten Verbrauchs den Anschluß an die diesjährige halten dürfte — sie wird wohl nur wenig niedriger ausfallen —, sind für die konjunkturelle Entwicklung Lohnerhöhungen am förderlichsten, die — mit einer Abweichung nach unten — ebenfalls Anschluß an die Entwicklung dieses Jahres halten. Allerdings sollten die ökonomischen Daten der einzelnen Tarifbereiche stärker als in den letzten Jahren in die tarifpolitischen Entscheidungen einbezogen werden. Für die Entwicklung am Arbeitsmarkt hätte eine solche Flexibilität wahrscheinlich einen günstigeren Effekt als eine allseitige Übernahme einer für volkswirtschaftlich vertretbar gehaltenen durchschnittlichen Steigerungsrate.

## Neuordnung der EG-Marktordnung für Rindfleisch dringend vonnöten

### Marktungleichgewichte unverändert ernst

Das zunehmende Marktungleichgewicht bei zahlreichen Produkten wie Milch, Rindfleisch, Zucker, Wein und Hopfen hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften veranlaßt, nach Instrumenten zu suchen, mit denen die agrarpolitischen Ziele in ausgewogenerer Weise als bisher verwirklicht werden können. Insbesondere sollen die Interessen der im Verhältnis zu den Erzeugern bislang benachteiligten Verbraucher berücksichtigt werden<sup>1</sup>.

Sehr viel rascher als erwartet ist die Gemeinschaft bei Rindfleisch in eine Phase der Überschußproduktion hineingeraten. Hauptsächlich im Jahr 1972 waren infolge von Angebotsverknappungen auf den Binnenmärkten der Europäischen Gemeinschaft, mit verursacht durch die von Brüssel finanziell unterstützte Schlachtaktion für Milchkühe zur Stabilisierung des Milchmarktes und Verknappungserscheinungen auf dem Weltmarkt, die Preise ungewöhnlich stark gestiegen. Daraufhin setzte im Jahr 1973 die Wiederaufstockung der Viehbestände ein, zumal die hohen Erzeugerpreise durch kräftige Anhebungen des Preisstützungsniveaus abgesichert worden waren. Binnen kurzer Zeit ergab sich, daß das rasch wachsende Angebot an Schlachtrindern vom Markt nicht mehr völlig aufgenommen wurde,

denn im Verlauf der Preishausse hatten sich die Verbraucher anderen, weniger teuren Fleischarten zugewandt, so daß der Pro-Kopf-Verzehr an Rindfleisch im Durchschnitt stark zurückgegangen war. Der Selbstversorgungsgrad bei Rindfleisch hat in der Europäischen Gemeinschaft 1974 erstmals mehr als 100 Prozent betragen und ist lediglich im Jahre 1976, bedingt durch Sonderbewegungen in der britischen Produktion, geringfügig unter dieser Grenze geblieben. Wenn auch künftig keine deutlichen produktionsdämpfenden Signale gesetzt werden, so müßte der technische Fortschritt in Züchtung und Fütterung weiterhin zu einer Angebotsausweitung führen. Der Verbraucher wiederum würde ohne konsumstimulierende Maßnahmen kaum, den Verzehr an Rindfleisch wesentlich zu steigern, bereit sein. Es würde also die Gefahr bestehen, daß die Überschußproduktion auf diesem landwirtschaftlichen Teilmarkt weiter zunimmt.

Das Ungleichgewicht auf dem Rindermarkt führt in Verbindung mit der von der Europäischen Ge-

<sup>1</sup> „Neuordnung der gemeinsamen Marktorganisation für Rindfleisch“ KOM (77) 220 endg. und der als Anlage dazu vorgelegte „Bericht der Kommission an den Rat über die Vorzüge der Prämienregelung und der Interventionsmaßnahmen auf dem Rindfleischsektor“, KOM (77) 221 endg. vom 5. 10. 1977.

Wichtige Kennzahlen für den Rindfleischmarkt der Europäischen Gemeinschaft 1972 und 1977

	Einheit	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Kosten d. Rindfleischmarktordnung im Rahmen d. EG-Haushalts	Mill. RE	9,3	21,3	351,2	1 007,7	737,7	519,4
dar.: Exporterstattung	Mill. RE	7,4	3,3	55,5	144,2	135,7	110,4
Intervention	Mill. RE	-	13,3	246,7	835,7	507,5	385,0
Anteil d. Rindfleischmarktordnung am EAGFL - Abt. Garantie- 2)	vH	0,3	0,6	11,3	21,3	12,6	9,2
Selbstversorgungsgrad b. Rindfleisch	vH	85	87	101	102	99	100
Pro-Kopf-Verbrauch an Rindfleisch	kg je Einw.	24,3	24,3	25,2	25,2	25,2	25,2
Interventionsmengen	1 000 t	-	22,9	463,8	413,6	362,3	300,0
Interventionsbestände am Jahresende	1 000 t	.	.	253	258	264	260
Einfuhren aus Drittländern <sup>3)</sup>	1 000 t	943	951	356	141	255	.
Ausfuhren nach Drittländern <sup>3)</sup>	1 000 t	58	75	178	217	171	.
Außenhandelsaldo 3)	1 000 t	885	-876	-178	76	-84	.
Orientierungspreis	RE/100 kg <sup>4)</sup>	78,00	86,20	101,33	109,94	118,74	122,90
Marktpreis in Relation zum Orientierungspreis (= 100)	vH	112,3	106,4	84,2	85,7	85,6	93,6

1) Vorläufig.- 2) Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft.- 3) Lebendviehein- und -ausfuhren sind in Schlachtgewichtäquivalente umgerechnet.- 4) Lebendgewicht.

Quelle: Nationale und internationale Statistiken. Schätzungen des DIW.

meinschaft verfolgten Hochpreispolitik zu zahlreichen unerwünschten Nebenerscheinungen:

- Große Mengen an nicht mehr auf dem Markt absetzbarem Rindfleisch werden staatlich aufgekauft, gelagert und müssen später mit erheblichen Preisnachteilen innerhalb der Gemeinschaft oder in Drittländern abgesetzt werden. Diesen „Marktweg“ nahmen in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich 7 vH der gesamten Rindfleischherzeugung in der Europäischen Gemeinschaft.
- Die Fehlsteuerung hat weitreichende budgetäre Folgen: Explosionsartig wuchsen in den Jahren hoher Marktüberschüsse die vom Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds finanzierten Ausgaben für landwirtschaftliche Stützungsmaßnahmen.
- Der Handel mit Drittländern wird diskriminiert. So setzte die Gemeinschaft mit Beginn der Überschußphase die sogenannte Schutzklausel rigoros ein, mit der – bis auf relativ geringe, bestimmten Ländern vertraglich zugesicherte Mengen – praktisch ein Importstopp verhängt wurde. Nur unter dem Druck der geschädigten traditionellen Handelspartner entschloß sich die Europäische Gemeinschaft, diese Maßnahme schrittweise zu lockern und nach mehr als zweijähriger Wirksamkeit schließlich durch ein System flexibler Abschöpfungen abzulösen. Die Importbeschränkungen wurden flankiert durch beachtliche finanzielle Exportanreize, die die Drittländer zusätzlich schädigten. Von 1974 an kam es zur Reduzierung des Einfuhrüberschusses. Im Jahr 1975 war die Europäische Gemeinschaft Nettoexporteur von Rindfleisch.

Der Einsatz eines vielfältigen Instrumentariums<sup>2</sup> hat die Instabilität des Rindermarktes nicht verringern können. Eher noch hat sich der Produktionszyklus verstärkt. Einmal sind die Instrumente zum falschen Zeitpunkt, mit falscher Dosierung oder einander behindernd zum Einsatz gelangt; zum anderen ist zu wenig unternommen worden, um die preisbedingten Konsumeinschränkungen rückgängig zu machen.

**Wesentliche Elemente der Kommissionsvorschläge . . .**

Mit ihren neuen, auf den Erfahrungen der letzten Jahre beruhenden Vorschlägen strebt die Kommission nunmehr eine vorsichtiger Preispolitik, eine flexiblere Gestaltung des Stützungslevels und eine Entlastung der Verbraucher an, ohne daß die Einkommen der Erzeuger dadurch allzu stark geschmälert werden. Die *dauernde Intervention* auf niedrigerem Niveau als bisher und die generelle Aussetzung von *variablen Prämien* – sie erinnern an die früheren britischen deficiency payments – sind die Kernpunkte der Neuordnungsvorschläge. Nach wie vor wird dabei aber der Einsatz der Steuerungsinstrumente vom Verhältnis des Marktpreises zum – administrativ festgelegten – Orientierungspreis abhängig gemacht.

Sinkt der Marktpreis auf 93 vH des Orientierungspreises, so wird zunächst die private Lagerhaltung (in Kühlhäusern) mit dem Ziel der Preis-

<sup>2</sup> Vgl. hierzu auch die chronologische Darstellung des Maßnahmenkataloges zur Stabilisierung des EG-Rindermarktes. Verfehlte EG-Marktpolitik bei Rindfleisch. Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/1976.

stützung gefördert. Dem folgt bei weiterem Absinken des Marktpreises auf 90 vH und darunter die Gewährung von Ausgleichszahlungen (variablen Prämien) an die Erzeuger in Höhe von maximal 10 vH des Orientierungspreises. Offenbar ist nicht geplant, die Höhe der Prämien eindeutig an das Verhältnis von Markt- zu Orientierungspreis zu binden. Der Marktpreis kann jedoch nur solange fallen, bis das Interventionspreisniveau erreicht ist. Dies soll nach den Vorstellungen der EG-Kommission gegenüber der heutigen Situation (95 vH) gesenkt werden, und zwar auf weniger als 90 vH des Orientierungspreises. Zu diesem Interventionspreis soll der Erzeuger jederzeit seine Ware an die Interventionsstellen liefern können, selbst wenn die Marktpreise höher liegen. Im Handel mit Drittländern wird weiterhin mit variablen Abschöpfungen operiert.

#### **. . . noch keine Garantie für künftiges Marktgleichgewicht**

Ist das vorgelegte Konzept geeignet, eine flexible Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Rindfleischmarkt zu fördern und können dadurch künftig Überschusssituationen vermieden werden? Die Reduzierung des Interventionspreisniveaus dürfte in Zeiten reichlichen Angebots einen Druck auf die Marktpreise ausüben, so daß der Rindfleischverbrauch stimuliert würde. Welche Mengeneffekte eine Preissenkung von maximal 10 bis 15 vH hervorriefe, läßt sich indes schlecht abschätzen. Sie dürften aber gering sein. Beim Angebot ist die Wirkung noch geringer zu veranschlagen. Infolge der variablen Prämie führen die Preisrückgänge nicht in gleichem Maße zu Einkommenseinbußen der Rindfleischherzeuger. Ob die Einkommen der Landwirte

überhaupt von den vorgeschlagenen Maßnahmen berührt werden, wird davon abhängen, bis zu welcher Höhe — in vH des Orientierungspreises — die variablen Prämien gewährt werden. Impulse zur Mäßigung des Produktionsanstieges wären nur dann zu erwarten, wenn das Stützungs niveau — also der Interventionspreis plus Prämie — in Zukunft sehr vorsichtig angehoben wird, und zwar in Abstimmung mit den Preisen für Milch und Milchprodukte. Die Erzeuger dürfen nicht dazu veranlaßt werden, sich wieder stärker der Milchproduktion zuzuwenden.

Eine solche Möglichkeit wäre im heutigen Marktordnungssystem freilich auch schon gegeben. Sie bedeutet nichts anderes, als das Einkommensziel auf mittlere Sicht zugunsten einer verbraucherfreundlicheren Politik rücksichtsvoller zu verfolgen. Dagegen wird von den Bauernverbänden und einzelnen Regierungen schon Widerstand geleistet. Insbesondere auf französischer Seite wird eine Reduzierung des Stützungs niveaus befürchtet, und es wurde mit Rücksicht auf die bäuerlichen Wähler Einspruch gegen die geplante Modifizierung der Marktordnung erhoben. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wiederum hat Bedenken gegen jegliche dauernde Intervention. Tatsächlich ist die Gefahr groß, daß der Erzeuger den bequemeren Weg der Lieferung an die Interventionsstellen dem freien Wettbewerb vorzieht, insbesondere wenn der Unterschied zwischen Marktpreis und Interventionspreis nicht allzu groß ist und daher die Bemühungen, am Markt zu bleiben, nur gering belohnt werden. Die Widerstände geben Anlaß zu der Befürchtung, daß das neue Instrumentarium, sollte es tatsächlich in die Marktordnung aufgenommen werden, nicht entschieden — das heißt produktionsdämpfend — genug eingesetzt werden kann.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner; In Vertretung Dr. Peter Rosenberg.

Zur Wirtschaftslage: Ausmaß der staatlichen Nachfragestimulierung entscheidet über weiteren Konjunkturverlauf bearbeitet von Manfred Teschner. — Bundesrepublik Deutschland: Leichte Konjunkturbelebung zum Jahresende bearbeitet von Horst Seidler. — Neuordnung der EG-Marktordnung für Rindfleisch dringend vonnöten bearbeitet von Peter Hrubesch.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.